

NIEDERSCHRIFT Rat/018/2011

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 15.12.2011 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Hans-Joachim Dübbelde
Herr Bernhard Faltmann
Herr Günther Fehmer
Herr Florian Heuermann
Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann
Herr Bernd Kösters
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Thomas Schulze Temming
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks
Frau Sarah Bosse-Berger
Herr Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Frau Margarete Köhler
Herr Thomas Tauber
Herr Ralf Flächter
Frau Maggie Rawe
Herr Helmut Knüwer
Herr Hubert Maas
Herr Helmut Geuking

Entschuldigt fehlen:

Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Ulrich Schlieker
Herr Dr. Rolf Sommer

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein
Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:25 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates der Stadt Billerbeck gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2. Grundlagen für die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2012; hier: Erlass einer Hebesatzsatzung

Der Rat folgt der Beschlussempfehlung des HFA und fasst folgenden

Beschluss:

Dem Erlass einer Hebesatzsatzung mit unveränderten Realsteuerhebesätzen wird zugestimmt.

Stimmabgabe: 23 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

3. Festsetzung der Umlagebeiträge für die Wasser- und Bodenverbände in der Stadt Billerbeck;

hier: Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Beiträge (Umlagen) der Wasser- und Bodenverbände

Der Rat folgt der Beschlussempfehlung des Bezirksausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

Die Umlagebeiträge für die Wasser- und Bodenverbände in der Stadt Billerbeck werden für 2012 je Hektar wie folgt festgesetzt:

Steinfurter Aa	12,18 EUR
Steinfurter Aa und Grienbach	0,00 EUR
Obere Berkel	5,50 EUR
Mittlere Berkel	7,10 EUR
Münstersche Aa (Oberlauf)	9,83 EUR
Obere Stever	11,26 EUR

Die 34. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Beiträgen (Umlagen) der Wasser- und Bodenverbände wird in der vorliegenden Fassung (Anlage) beschlossen.

Stimmabgabe: 23 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

4. Gebührenbedarfsberechnung 2012 für die Abfallbeseitigung

Der Rat folgt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten und fasst folgenden

Beschluss:

- a) Die der Sitzungsvorlage beigefügte Nachkalkulation für die Gebührenbedarfsberechnung 2010 wird zur Kenntnis genommen und beschlossen. Die entstandene Überdeckung wird dem bilanziellen Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt.
- b) In Anwendung des § 6 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz werden die im Sonderposten für den Gebührenaussgleich enthaltenen Überschüsse der Jahre 2009 und 2010 in Höhe von rd. 34.300,00 € entnommen und als Ertrag in der Gebührenbedarfsberechnung 2012 berücksichtigt.
- c) Die der Sitzungsvorlage beigefügte Gebührenbedarfsberechnung 2012 wird zur Kenntnis genommen.
- d) Die Abfallbeseitigungsgebühren bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Stimmabgabe: 23 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

5. Gebührenbedarfsberechnung für die Straßenreinigung 2012 in der Stadt Billerbeck

Der Rat folgt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten und fasst folgenden

Beschluss:

- a) Die Abrechnung der Gebührenrechnung 2010 wird zur Kenntnis genommen und beschlossen. Der erzielte Überschuss von rd. 3.400,00 € wird dem Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt.
- b) In Anwendung des § 6 Absatz 2 Kommunalabgabengesetz wird der im Sonderposten für den Gebührenaussgleich eingebuchte Überschuss in Höhe von 1.700,00 € entnommen und als Ertrag in der Gebührenbedarfsberechnung 2012 berücksichtigt.
- c) Die Gebührenbedarfsberechnung 2012 wird zur Kenntnis genommen und beschlossen. Der Gebührensatz je Frontmeter ermäßigt sich auf 1,38 €.
- d) Die 11. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Billerbeck wird beschlossen.

Stimmabgabe: 23 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

6. **Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Billerbeck**

Der Rat folgt der Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

Die 5. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (2011-2017) wird beschlossen und der Bezirksregierung gem. § 53 Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG) vorgelegt.

Stimmabgabe: 23 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

7. **Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck für das Wirtschaftsjahr 2012 und Gebührenbedarfsberechnung des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck für das Wirtschaftsjahr 2012**

Frau Dirks lässt über den vom Betriebsausschuss ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Dem Wirtschaftsplan 2012, bestehend aus Erfolgs- und Vermögensplan, Finanzübersicht und Stellenplan, wird zugestimmt.
2. Der Gesamtbetrag der Kredite, die im Wirtschaftsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden können, wird auf 468.679,00 € festgelegt.
3. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 600.000,00 € festgelegt.
4. Die Prognoseberechnung zur Gebührenentwicklung wird zur Kenntnis genommen.

Stimmabgabe: 23 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

8. **Regionale 2016**

hier: Projektidee "Wohnen mit (Mehr)wert - Werterhaltung älterer Wohngebiete im ländlichen Raum - Beispielhaftes Projekt in einem noch auszuwählenden Wohngebiet in Billerbeck"

Herr Brunn erklärt, dass er die Projektidee nicht mittragen könne. Durch das Projekt werde Billerbeck als Wohnort nicht begehrt. Vielleicht werde es sogar zur Konkurrenz zwischen den Billerbecker Wohngebieten kommen, wenn ein Wohngebiet attraktiver wird. Aber aufgrund des demografischen Wandels werde es nicht die Konkurrenz vor Ort sein, sondern die mit den größeren Zentren. Dagegen müsse man angehen. Niemand werde aus Münster hier hin ziehen, weil alles was außerhalb des Wohnens benötigt wird, in dem Konzept fehle. Die Projektidee müsste sich auf ganz Billerbeck erstrecken.

Frau Dirks hält dem entgegen, dass Billerbeck insgesamt zu groß wäre, irgendwo müsse man schließlich beginnen. Und wenn man sich mit einem Wohngebiet beschäftige, werde das Strahlwirkung auf andere Be-

reiche in Billerbeck haben. Selbstverständlich müsse das Projekt aber eingebunden werden in das städtebauliche Handlungskonzept und es müsse vernetzt werden. Das sei auch eine Fördervoraussetzung.

Nachdem Herr Brunn moniert, dass dies in der Sitzungsvorlage aber nicht zum Ausdruck komme, bittet Frau Dirks zu berücksichtigen, dass es sich um eine erste Projektidee handle und noch alle Ideen eingebracht werden können.

Herr Tauber macht deutlich, dass er sich dem Antrag nicht anschließen könne. Die Idee sei ihm zu partiell und die angesprochene Quartierbildung zu abstrakt für Billerbeck. Einfache griffige Maßnahmen würden weiter helfen.

Herr Fehmer unterstreicht, dass es sich um eine Idee handle, die unter Einbeziehung der Bürger weiter entwickelt werden müsse, auch hinsichtlich der Nahversorgung. Nur müsse man doch mit einem Wohngebiet beginnen. Die Ressourcen in älteren Wohngebieten sollten genutzt werden, wobei aber selbstverständlich niemand aus seinem Quartier vertrieben werde. Die bisherige Entwicklung von Neubaugebieten werde so nicht weiter gehen.

Frau Mollenhauer stellt heraus, dass Projektideen dazu da seien, nach neuen Perspektiven zu suchen. In älteren Wohngebieten gebe es große Grundstücke mit wenigen Bewohnern, die vielleicht nicht den Mut oder die Chance hätten, etwas zu verändern. Ein Ansatz von außen könnte hier vielleicht helfen.

Frau Dirks betont, dass Kernpunkt der Projektidee nicht unbedingt die bauliche Entwicklung von Wohngebieten sei, sondern die Kommunikation.

Herr Becks wirft ein, dass ihm das Ganze zu abstrakt sei. Ein ähnliches Projekt gebe es bereits in Legden und er könne sich nicht vorstellen, dass zwei ähnliche Projekte gefördert werden. Außerdem sei man in Billerbeck schon viel weiter. Außerdem wolle er wissen, ob bereits an der Projektidee gearbeitet und Grunddaten ermittelt werden, schließlich sei hier noch nichts beschlossen worden.

Frau Dirks antwortet, dass der work-shop die Verwaltung beauftragt habe, die Grunddaten zu ermitteln. Hiermit sei aber noch nicht begonnen worden.

Herr Dittrich deutet an, dass die Thematik in der SPD-Fraktion kontrovers diskutiert wurde.

Dem Argument, dass das Ganze zu abstrakt sei, hält Herr Flüchter entgegen, dass das zu diesem Zeitpunkt auch gar nicht anders sein könne. Wesentlich sei die Resonanz der Bürger. Es sei besser im Kleinen anzufangen und dann die Aktionen auf das gesamte Stadtgebiet ausdehnen zu können.

Frau Rawe befürwortet die Projektidee. Die Bürger müssten mitgenommen werden, dazu fehle hier oft die Zeit

Herr Maas führt aus, dass es sich zunächst um eine Projektidee handele, die weiter geführt werden müsse. Es gehe darum, den Bewohnern eines Wohngebietes neue Möglichkeiten des Wohnens aufzuzeigen. U. u. können neue Wohnformen entstehen. Es gebe eine Menge Bürger, die nach Billerbeck ziehen wollten, aber zurzeit keinen passenden Wohnraum finden. Das könnte durch die Projektidee anders werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Projektidee „Wohnen mit (Mehr)Wert - Werterhaltung älterer Wohngebiete im ländlichen Raum - Beispielhaftes Projekt in einem noch auszuwählenden Wohngebiet in Billerbeck“ zum nächsten Stichtag 20. Januar 2012 als Projekt der Stadt Billerbeck bei der Regionale 2016-Agentur einzureichen.

Stimmabgabe: 18 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

9. Feststellung der Rechtmäßigkeit des Ausbaus der Massonneustraße gemäß § 125 Absatz 2 BauGB

Der Rat folgt der Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

Die Rechtmäßigkeit des Ausbaus der Massonneustraße zwischen der Straße Zu den Alstätten und der Gantweger Straße wird hiermit gemäß § 125 Absatz 2 BauGB festgestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

10. Wiederbesetzung bzw. Umbesetzung von Ausschüssen

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Für die SPD Fraktion werden die nachstehend aufgeführten Personen zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitglieder in die aufgeführten Ausschüsse gewählt:

Betriebsausschuss:

Mitglied: Reinhard Bernshausen, Bockelsdorfer Weg 17
(sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW)

Schul- und Sportausschuss:

Mitglied: Roman Gerding, Zu den Alstätten 52
(sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird Herr Hans-Werner Wehmeier-Richardson (sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW) in die aufgeführten Ausschüsse als stellvertretendes Mitglied gewählt:

Stadtentwicklungs- und Bauausschuss,
Betriebsausschuss,
Ausschuss für Umwelt-, Denkmal und Feuerwehrangelegenheiten,
Schul- und Sportausschuss,
Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss,
Bezirksausschuss.

Stimmabgabe: 23 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

11. Antrag der FDP Fraktion vom 19.09.2011

hier: Änderung des § 20 Abs. 1 Ziffer 12 der Abwasserbeseitigungssatzung (Dichtigkeitsprüfung)

Herr Knüwer erläutert den FDP-Fraktionsantrag. Des Weiteren sollte ähnlich wie in Havixbeck eine Resolution auf den Weg gebracht werden, um das Gesetzgebungsverfahren zu beschleunigen. Vielleicht könnte heute hierüber beschlossen werden, ohne den Ausschuss zu beteiligen.

Frau Dirks schlägt eine Verweisung in den Betriebsausschuss vor. Im Übrigen sei nie vorgesehen gewesen, von allen Grundstückseigentümern bis 2015 Dichtheitsbescheinigungen einzufordern.

Herr Tauber beantragt eine Verweisung in den Betriebsausschuss.

Nach kurzer Erörterung fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 19.09.2011 wird an den Betriebsausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

12. Antrag der FDP Fraktion vom 04.09.2011

hier: Vorratsflächen für innerstädtische SB-Märkte

Herr Knüwer erläutert und begründet den Fraktionsantrag.

Herr Brockamp führt an, dass man die Stadt und die SB-Märkte als Ganzes sehen müsse. Der Anlieferverkehr mit großen LKW morgens und abends wäre im Stadtzentrum sicherlich problematisch.

Herr Dittrich hält einen SB-Markt auf dem Schulhof für kontraproduktiv. Der Antrag sollte an den Ausschuss verwiesen werden.

Herr Becks entgegnet, dass der Antrag doch wohl nur abgelehnt werden könne. Es könne doch nicht über private Grundstücke spekuliert oder ein Schulhof und Spielplatz überplant werden.

Frau Rawe schließt sich dem an.

Herr Fehmer sieht zurzeit keine Notwendigkeit, über den FDP-Fraktionsantrag zu beraten, zumal sich die beiden angeführten Standorte von selber ausschließen würden. Im Zuge der Diskussion über das städtebauliche Entwicklungskonzept werde man sich sowieso mit der Problematik auseinander setzen. Außerdem wolle er keine Konkurrenz zu dem bestehenden EDEKA-Markt aufbauen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass ja bereits hinreichend überlegt worden sei, wo was möglich und sinnvoll ist. Knackpunkt sei, dass Flächen, die vielleicht sinnvoll wären, nicht bebaut werden können.

Im Laufe der weiteren Erörterung stellt Herr Geuking den Antrag auf Abstimmung.

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Da es normalerweise üblich ist, Fraktionsanträge in den Fachausschuss zu verweisen, lässt Frau Dirks hierüber abstimmen.

Beschluss:

Der FDP-Fraktionsantrag vom 04.09.2011 wird an den Fachausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: 22 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme, 1 Enthaltung

**13. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 10.10.2011
hier: Überarbeitung von älteren Bebauungsplänen**

Herr Flüchter begründet und erläutert den Fraktionsantrag.

Herr Fehmer wundert sich wegen der Parallelen zum Antrag für die Regionale 2016 über den Fraktionsantrag. Der eben besprochene Antrag für die Regionale 2016 bedeute ja nicht, dass Ideen nicht schon vor 2016 umgesetzt werden können. Des Weiteren sei er erstaunt, dass eine finanzielle Unterstützung vorgeschlagen werde. Die städt. Finanzen gäben das nicht her. Außerdem könne die Stadt nicht Grundstücke der GIWo bezuschussen. Eine Verweisung in den Ausschuss sei nicht notwendig.

Frau Bosse-Berger führt an, dass sich die Projektidee der Regionale mit einem Wohngebiet beschäftige. Wichtig sei es aber auch, ein Signal für die anderen Wohngebiete zu setzen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass verwaltungsseitig bereits zweimal eine Grundsatzdiskussion über ältere Bebauungspläne und die Innenstadtverdichtung angestoßen worden sei. Der Ausschuss habe aber die Auffassung vertreten, dass von Fall zu Fall entschieden werden soll.

Herr Becks führt an, dass sich von einem Regionale-Projekt alle Geld versprechen. Zu diesem Zweck würden Projekte aus dem Boden ge-

stampft, die für Billerbeck eigentlich nicht passend seien. In Billerbeck sollten andere Wege gegangen werden. Der Antrag sollte in den Ausschuss verwiesen und die Verwaltung mit der Grunddatenermittlung beauftragt werden.

Frau Rawe stellt heraus, dass das eine sehr viel mit Kommunikation und Bürgerbeteiligung und das andere sehr viel mit den Vorarbeiten zu tun habe. Der Fraktionsantrag sollte in den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen werden. Dort müsste dann überlegt werden, wie ältere Baugebiete attraktiver gestaltet werden können.

Herr Maas sieht in dem Fraktionsantrag lediglich eine Parallele zum Antrag zur Regionale 2016. Einer Verweisung in den Fachausschuss würde er aber zustimmen.

Frau Dirks gibt zu bedenken, dass sich die Stadt eine finanzielle Unterstützung gar nicht leisten könne und diese auch dem widerspreche, was sonst in den Haushaltsplanberatungen immer deutlich gemacht werde.

Herr Dittrich beantragt, den Antrag in den Ausschuss zu verweisen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.10.2011 wird an den Fachausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

14. Bürgeranregung gem. § 24 GO NW vom 18.11.2011

Windenergiegemeinschaft Höpinger-Risauer Berg

Frau Dirks schlägt vor, diese Bürgeranregung genau wie die anderen im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

15. Mitteilungen

15.1. Resolution zum Fracking-Verfahren - Frau Dirks

Frau Dirks berichtet, dass sie auftragsgemäß in der Bürgermeister-Konferenz eine Resolution zum Fracking-Verfahren angesprochen habe. Inzwischen habe die NRW-Landesregierung die Erdgas-Förderung mit dem umstrittenen Fracking-Verfahren vorerst untersagt. Deshalb habe die Bürgermeister-Konferenz sich dazu entschlossen, das Thema zunächst einmal ruhen zu lassen.

15.2. Lenkungskreis energieautarke Kommune - Frau Dirks

Frau Dirks berichtet, dass Herr Dittrich als weiteren Teilnehmer für den in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten gebildeten Lenkungskreis energieautarke Kommune Herrn Termersch vorgeschlagen habe, da er über Erfahrungen im Genossenschaftsrecht verfüge und bereits bei der Lokalen Agenda mitgearbeitet habe. Falls hierüber Einvernehmen bestehe, werde sie Herrn Termersch zur nächsten Sitzung einladen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

16. Anfragen

16.1. Innenstadtentwicklung - Herr Maas

Herr Maas fragt nach, ob die Verwaltung bzgl. der Entwicklung und Verbesserung der Innenstadt Kontakt mit dem Stadtmarketingverein Coesfeld aufnehmen könne, um das Thema voranzubringen. Auch die GWIo sollte eingebunden werden.

Frau Dirks verweist auf die Absicht, im Rahmen des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes einen Citymanager, der vom Land NRW gefördert werde, einzusetzen. Sie halte es für unumgänglich, dass sich jemand mit der Umsetzung beschäftigt.

16.2. Abgabe von Gasentladungslampen - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring erkundigt sich nach der Resonanz bzgl. der Abgabe von Gasentladungslampen. Weiter fragt er nach, ob die Bürger überhaupt von den Annahmestellen wüssten.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die Annahmestellen im Umweltkalender aufgelistet seien und außerdem in der Presse auf die Abgabemöglichkeiten hingewiesen wurde.

Herr Dr. Meyring regt an, die Bürger noch einmal an die Möglichkeit der Abgabe zu erinnern.

16.3. Weihnachtsmarkt - Herr Kortmann

Herr Kortmann moniert, dass einige Händler ihre Stände beim Weih-

nachtsmarkt bereits am Sonntagnachmittag abgebaut hätten. Das würde nicht unbedingt zur Attraktivität des Weihnachtsmarktes beitragen. Er fragt an, ob die Aussteller nicht verpflichtet werden könnten, bis zum Ende der Veranstaltung zu bleiben.

Frau Dirks weist darauf hin, dass einige wenige Händler aufgrund des stürmischen und regnerischen Wetters früher abgebaut hätten. Hierfür müsse man Verständnis aufbringen. Eine Möglichkeit, die Händler zu verpflichten, gebe es nicht.

16.4. Attraktivität des Weihnachtsmarktes - Herr Dittrich

Herr Dittrich fragt nach, ob in Zukunft vielleicht alternative attraktivere Stände für den Weihnachtsmarkt organisiert werden können. Er sei angesprochen worden, dass der Weihnachtsmarkt an Attraktivität verloren habe.

Frau Dirks betont, dass sich das Organisationsteam um einen attraktiven Weihnachtsmarkt bemühe.

17. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin